

İTA

INFO-TÜRK AJANSI  
AGENCE INFO-TÜRK  
INFO-TÜRK AGENTUR  
INFO-TÜRK AGENCY

# BÜLTEN BULLETIN

MONATLICHES INFORMATIONSBLATT  
Verleger : COODIFF - Square Ch.  
M. Wiser - 13/2 - 1040 Brüssel  
Tel : 0032 - 2 - 230 34 72 Belgien

4. Jg. - September 1980  
Deutsche Ausgabe 23  
Preis: 1,50 DM  
Jahresabonnement: 15,00 DM

Nachdruck von Artikeln unter  
Quellenangabe INFO-TÜRK erlaubt

## staatsstreich der MRTD

Am 30. September 1980 berichtete das türkische Radio um 3 Uhr nachmittags, daß der neugebildeten Regierung unter dem ehemaligen Admiral Bülent Ulusu von der gesetzgebenden Körperschaft im Lande einstimmig das Vertrauen ausgesprochen wurde, daß ihr Programm legislative Zustimmung fand. Dies scheint ein unglaublicher Sieg zu sein, wenn man sich daran erinnert, daß Ecevit und Demirel in demselben Gebäude der türkischen Nationalversammlung 1977 bzw. 1978 jeweils gescheitert sind. Das Gebäude war in der Tat dasselbe, die Menschen darin jedoch nicht. Früher befanden sich 450 Abgeordnete der verschiedenen politischen Parteien in der Großen Halle der Nationalversammlung. Jetzt waren es nur fünf uniformierte Generäle, die die Macht an sich gerissen hatten und nun legislative Funktion ausübten, während die Politiker des Landes im Gefängnis sitzen. Was den jetzigen Premierminister angeht, so ist auch er einer der Militärs; bis vor einem Monat war er der Kommandeur der Marine. Er hat lediglich seinen Uniformrock abgelegt und wurde von seinen militärischen Freunden zum zivilen Regierungschef ernannt, weil diese keinen wirklichen Zivilisten für diesen Posten fanden.

APPELL DES EUROPÄISCHEN KOMITEES FÜR DIE EINHEIT DER DEMOKRATIE IN DER TÜRKEI

An alle demokratischen Kräfte in der Welt!

12. September 1980, 13 Uhr.

Der durch faschistische Provokationen über Jahre systematisch vorbereitete Militärputsch hat heute nach Plänen der NATO und Pentagons stattgefunden. Er wurde vom amerikanischen Außenministerium bekanntgegeben, noch bevor die türkischen Generäle ihn im türkischen Radio verkündeten. Bemerkenswerterweise begannen am gleichen Tag NATO-Manöver in der Türkei, an der auch amerikanische Streitkräfte teilnahmen.

Die 45 Millionen Einwohner der Türkei wurden hiermit erneut in den Abgrund einer Diktatur gestoßen.

Das Parlament ist aufgelöst. Fortschrittlichen Organisationen sind verboten. Darunter befinden sich die Arbeiterpartei der Türkei - TIP und die Konföderation Fortschrittlicher Gewerkschaften - DISK.

Weitreichende Verhaftungen haben die Türkei in ein 780 000 qkm. großes Gefängnis verwandelt. Unter den Verhafteten befinden sich Frau Behice Boran, die Vorsitzende der Arbeiterpartei der Türkei, Bülent Ecevit, Vorsitzende der Republikanischen Volkspartei und Abdullah Bastürk, der DISK-Vorsitzende.

Streiks sind verboten und die Junta hat Hunderttausende Streikende gezwungen, die Arbeit wieder aufzunehmen.

Der Nationale Sicherheitsrat ermutigt die Streitkräfte, auf Menschenjagd zu geben.

Es besteht keine Nachrichtenverbindung in die Osttürkei. Das kurdische Volk wird brutal unterdrückt.

Dies ist der Höhepunkt der faschistischen Eskalation in der Türkei.

Das Türkische Volk, das bereits in den Jahren 1960 und 1970 Militärputsche erlebt hat, wird sich mit Sicherheit auch diesesmal von den Fesseln des Faschismus wieder befreien können.

Heute ist der Tag, an dem sich alle demokratischen Kräfte der Türkei vereinigen müssen, um gemeinsam den Faschismus zu bekämpfen.

Wir rufen alle demokratischen Kräfte der Welt auf, ihre Solidarität mit dem gerechten Kampf unseres Volkes zu bekunden.

Kontaktadresse : Comité de l'Unité pour la Démocratie en Turquie  
BP 1344 - Centre Monnai / B - 1000 Brüssel

So funktioniert die "Demokratie", die dem türkischen Volk von der NATO und dem Weltwährungsfond verschrieben wurde; tausende progressiver Politiker, Intellektueller und Gewerkschaftsführer erleben diese "Demokratie" entweder in Militärgefängnissen oder unter der ständigen Bedrohung der Bajonette und Maschinengewehre.

Dieses neue dunkle Kapitel begann am 12. September 1980 mit dem Militärputsch des General Kenan Evren, des Generalstabschefs der türkischen Streitkräfte. Er erschien auf den Fernsehschirmen als der neue "starke Mann" der Türkei, begleitet von den vier anderen Mitgliedern der Junta: General Nurettin Ersin (Landstreitkräfte), General Tahsin Sahinkaya (Luftwaffe), Admiral Nejat Tümer (Flotte) und General Sedat Celasun (Militärpolizei).

General Evren, der bereits im Januar in einem Ultimatum an den Präsidenten der Republik die Möglichkeit eines Militärputsches angedeutet hatte, erklärte, daß er jetzt gehandelt habe, "weil die Demokratie nicht mehr funktioniert." Nun beginnt eine neue Ära "funktionstüchtiger Demokratie" an der Südostflanke der Atlantischen Gemeinschaft.

Die ersten Kommuniqués der Militärjunta machten jedoch deutlich, daß die hinter diesem Putsch liegenden Gründe nicht die innenpolitische Instabilität sondern die Instabilität der Region des Nahen Osten sind. In seiner persönlichen Botschaft am Tage des Putsches betonte Evren die unverminderte Loyalität der Türkei gegenüber der NATO; diese Loyalität wurde auch in allen später von der Junta veröffentlichten Reden stets betont.

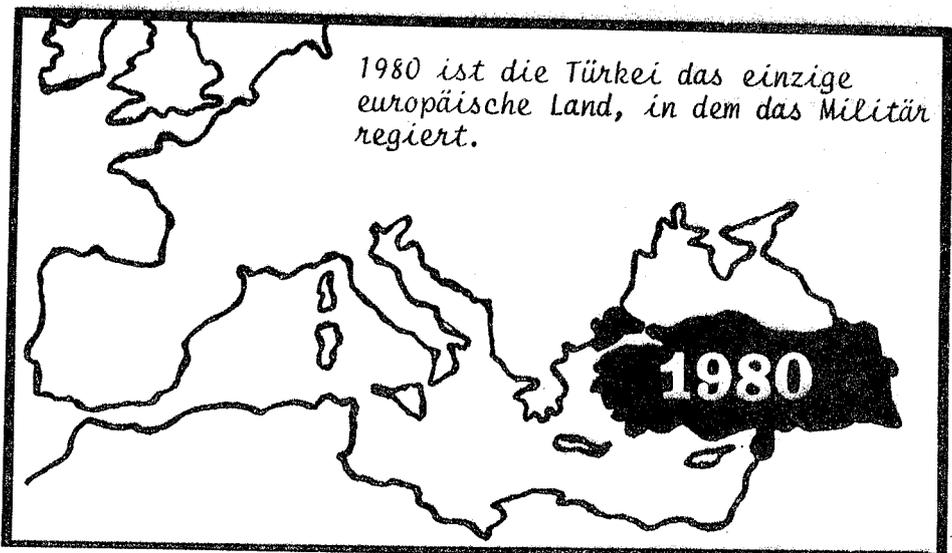
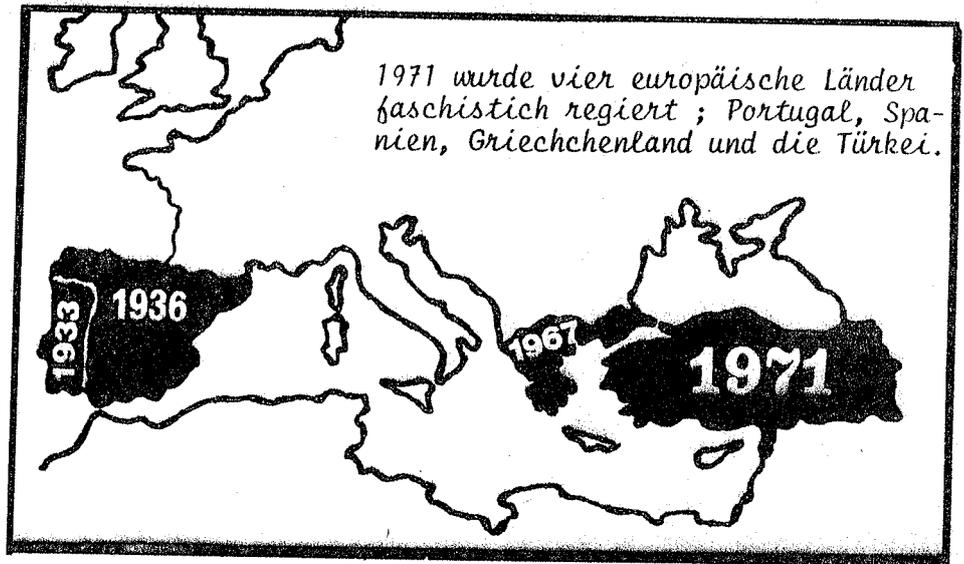
In der TIMES vom 13.9.80 heißt es: "Diese Botschaft und der Zeitpunkt dieser Botschaft wurden von den Verbündeten positiv aufgenommen, die sich zunehmend größere Sorgen über die chaotische politische Situation in diesem lebenswichtigen Abschnitt an der Südostflanke der NATO gemacht haben.

Die INTERNATIONAL HERALD TRIBUNE fügte am selben Tag hinzu: "Militärputsche haben selten zur internationalen Stabilität beigetragen, doch die Türkei mag hier die sprichwörtliche Ausnahme darstellen.

Die gleiche Zeitung gab folgende Zusatzinformation: "Einer der Anführer des Putsches, General Haydar Saltik, der jetzt zum Generalsekretär des neuen Nationalen Sicherheitsrates bestellt wurde, hat an mehreren Seminaren und Planungssitzungen des NATO-Kommandos teilgenommen und wurde von NATO-Quellen als eine "wohlvertraute Person" bezeichnet. NATO-Beamten sagten auch, daß die Manöver von 3 000 Soldaten aus sechs NATO-Ländern im türkischen Thrakien wie geplant abgehalten werden. Diese Manöver unter dem Kodennamen ANVIL EXPRESS 80 sollen bis Ende des Monats laufen und sollen die Reaktion der NATO auf einen möglichen Angriff von Warschauer-Pakt-Staaten auf die Westtürkei durchspielen." (IHT vom 13.9.1980)

Kann es in Kenntnis all dieser Details ein Zufall sein, daß sowohl die NATO-Übungen wie auch der Militärputsch an ein und demselben Tage in Gang kamen? Ein weiterer wichtiger Punkt besteht darin, daß hohe Beamte in Washington bereits vor dem Staatsstreich Kenntnis davon hatten und ihrerseits westliche Presseagenturen vorzeitig davon informierten.

Es ist eine unleugbare Tatsache, daß der Militärputsch vom 12. September ein weiterer Schritt auf der militärischen Eskalationsleiter in der Türkei und im Nahen Osten darstellt. Diese militärische Eskalation begann bereits mit dem Abschluß des türkisch-amerikanischen Verteidigungsabkommens zu Beginn dieses Jahres.



Es ist auch kein Zufall, daß das erste Ultimatum von General Evren unmittelbar in Anschluß an die Bekanntgabe amerikanischer Pläne über die Einrichtung einer Militärallianz im Nahen Osten gestellt wurde; an dieser Allianz sollten die Türkei, Ägypten, Israel und Saudi-Arabien beteiligt werden. Die Entwicklungen in Iran und Afghanistan wurden als Vorwand benutzt, den ehemaligen CENTO-Pakt unter neuen Namen mit neuen Partners wiedererstehen zu lassen. Der einzige Partner der USA, der der früheren Allianz angehörte wie auch der neuen geplanten angehören soll, ist die Türkei.

Ein erster Schritt in diese Richtung war die Verabschiedung des neuen türkisch-amerikanischen Verteidigungsabkommens, in dem die Grundlagen für die zweiseitigen Verteidigungsbeziehungen gelegt wurden und den USA die fortgesetzte Benutzung ihrer Militärstützpunkte in der Türkei zugestanden wurden. (1975 hatte die Türkei in Reaktion auf das amerikanische Waffenembargo einseitig ein Verteidigungsabkommen mit den USA aufgekündigt und alle amerikanischen Militärstützpunkte - mit Ausnahme des strategischen NATO-Luftwaffenstützpunktes in Incirlik geschlossen.)

Obwohl der frühere Premierminister Ecevit im Oktober 1978 vier wichtige US-Stützpunkte wieder betreiben ließ, nachdem der amerikanische Kongreß das Waffenembargo gegen die Türkei aufgehoben hatte, wurde eine langfristige Stationierung von US- und NATO-Truppen und -einrichtungen auf türkischem Territorium von einer starken demokratischen Opposition bekämpft, auch vom linken Flügel der Republikanischen Volkspartei Ecevits.

Unmittelbar nach der Regierungsübernahme durch Demirel und kurz nach dem Ultimatum der Armee kamen Vertreter der amerikanischen Regierung in die Türkei geeilt und nach wenigen Tagen, am 9. Januar 1980, schloß die türkische Regierung das Verteidigungsabkommen mit den USA.

(weiter auf S.5 unten)

#### MILITÄRISCHE ESKALATION

- 01.01.1980: In dem Ultimatum der Armeegeneräle heißt es: "Unsere Nation hat keine Toleranz mehr für diejenigen, die die weitreichenden Freiheiten unserer Verfassung mißbrauchen...Die politische Entwicklung kann plötzlich zu einem heißen Krieg im Nahen Osten führen... Die Streitkräfte haben daher beschlossen, die politischen Parteien zu warnen.
- 04.02.1980: Lehrer in Grundschulen wurden in einem offiziellen Erlaß aufgefordert, mit ihren Schülern Militärmärsche zu singen und militärische Paraden abzuhalten. Gleichzeitig sollte in den weiterführenden Schulen der Unterricht in "Nationaler Sicherheit" verstärkt werden mit dem Ziel, das Bewußtsein für die "Nationale Sicherheit" zu intensivieren.
- 16.02.1980: General Evren mischt sich erneut in die Politik ein und bedroht öffentlich die Widerstand leistenden Arbeiter und demokratischen Kräfte: "Anstatt gegen äußere müssen wir gegen innere Feinde kämpfen. Trotz des Kriegsrechts haben wir bisher noch nicht zum vernichtenden Schlag angesetzt, weil wir kein Blut vergießen wollen. Wenn wir uns jedoch dazu entschließen, können wir sie innerhalb eines Monats fertigmachen." Am Ende einer Rede, die Evren anlässlich einer Militärübung im Kurdengebiet hielt, erhob er sein Glass mit den Worten: "Wie glücklich sind diejenigen, die sagen 'Ich bin Türke!'"
- 13.04.1980: Auf einem Türkeiibesuch sagte der Generalstabschef der amerikanischen Streitkräfte David Jones: "Die Türkei ist der verlässlichste Bündnispartner der USA. Die Anstrengungen der türkischen Streitkräfte, den Zusammenhalt des Landes und die Demokratie zu wahren, verdienen höchstes Lob."
- 20.07.1980: Am sechsten Jahrestag der türkischen Intervention auf Zypern sagte Evren: "Leider müssen wir gegen die Veräter im eigenen Lande kämpfen. Als Chef der Streitkräfte sage ich, daß diese Verräter ihrer gerechten Strafe zugeführt werden."
- 29.08.1980: General Evren kritisiert die Politiker, weil das türkische Parla-

ment nicht in der Lage ist, ein neues Staatsoberhaupt zu wählen; er erklärt, daß die Streitkräfte entschlossen sind, eisern gegen den Terrorismus vorzugehen.

12.09.1980: General Evren führt seinen Staatsstreich durch und macht sich zum Staatschef. Der Nationale Sicherheitsrat nimmt seine Arbeit als gesetzgebende Körperschaft auf...

ZWEIUNDREISSIG VON ZWEIUNDSIEBZIG JAHREN UNTER MILITÄRHERRSCHAFT

Der Militärdiktator Evren behauptet, daß sein Staatsstreich vom 12. September 1980 kein Putsch sondern eine Maßnahme zur Rettung der Demokratie gewesen sei. Aus der folgenden Tabelle läßt sich ablesen, daß die Türkei seit der bürgerlichen Revolution im Jahre 1908 insgesamt 32 Jahre lang unter militärischer Regierung gestanden hat. In all diesen Jahren haben die Streitkräfte stets die fundamentalen Rechte und Freiheiten des Volkes aufgehoben und die Bourgeoisie und rechte Kräfte im Land mit einer gegen die Interessen der Arbeiterklasse gerichteten Politik zufriedengestellt.

JAHR	DAUER	VORWAND BZW. ANLASS DER MILITÄRHERRSCHAFT
1909-1912	3 Jahre 2 Monate 2 Tage	Religiöser Aufstand
1912	42 Tage	Regierungsfeindliche Aktivitäten
1912-1919	7 Jahre 17 Tage	Balkanunruhen und Erster Weltkrieg
1920-1922	2 Jahre 6 Monate 19 Tage	Nationaler Befreiungskrieg
1925-1927	2 Jahre 8 Monate 26 Tage	Aufstand in Ostanatolien
1940-1948	7 Jahre 1 Monat 11 Tage	Zweiter Weltkrieg
1955-1956	8 Monate	Antigriechische Unruhen in Istanbul
1960-1961	1 Jahr 7 Monate 2 Tage	Militärputsch vom 27. Mai
1963-1964	1 Jahr 1 Monat 28 Tage	Militärischer Aufstand
1970	3 Monate	Arbeiteraufstand
1971-1973	2 Jahre 3 Monate	Militärische Intervention vom 12. März
1974-1975	1 Jahr 11 Tage	Militärintervention auf Zypern
1978-1980	1 Jahr 8 Monate 23 Tage	Massaker von Kahramanmaraş
1980- ?	? ? ?	Militärputsch vom 12. September

Nach dem Abschluß dieses zweiseitigen Militärabkommens beschuldigte der Oppositionsführer Ecevit die Regierung Demirel, die Türkei in einen "Blitzableiter der NATO" zu verwandeln. Tatsächlich konnten die USA aufgrund dieses Abkommens folgende Stützpunkte und Militäreinrichtungen in der Türkei betreiben:

1. Kampfstützpunkte, z.B. Luftwaffen-, Flotten- und Ratenabschußbasen usw.
2. Elektronische Spionagestützpunkte
3. Nachrichtenstützpunkte
4. Trainings- und Nachschubstützpunkte.

All diese Militärstützpunkte haben nach der Zunahme der Spannungen im Nahen Osten und besonders nach dem Kriegsausbruch zwischen Irak und Iran an Bedeutung gewonnen. Dank der militärischen Intervention der Evren-Junta können die USA nun auf eine uneingeschränkte Nutzung dieser Stützpunkte hoffen.

Die türkischen Streitkräfte haben sich somit als Wachhund der amerikanischen Interessen im Nahen Osten verdient gemacht. (Ein ausführlicher Bericht über US-Stützpunkte in der Türkei findet sich im BULLETIN Nr. 20, Juni 1980).

Von antiimperialistischer Position zur Zusammenarbeit mit ausländischem Kapital

In der Zusammenbruchphase des Ottomanischen Reiches waren die türkischen Streitkräfte eine der wichtigsten gesellschaftlichen Kräfte des Landes. Die fortschrittliche "Junatürken-Bewegung" des 19. Jahrhunderts fand beispielsweise unter jungen Armeeeoffizieren feurige Anhänger. Der Grund hierfür lag darin, daß die Offiziere aus der gebildeten Oberschicht kamen; für sie war der desolate Zustand des "kranken Mann am Bosphorus" eine Schande für die traditionell auf Eroberung ausgerichtete türkische Armee. Ihr Hauptziel war eine Stärkung des Staates, damit weitere territoriale Verluste verhindert werden konnten. Aus diesem Grunde waren sie einerseits antiimperialistisch orientiert, andererseits

bürgerlich-revolutionär.

Sowohl die bürgerliche Revolution von 1908 wie auch der Nationale Befreiungskrieg (1919-1922) und die Proklamation der Republik ging entscheidend von Offizieren aus.

Obwohl die Hauptlast des Nationalen Befreiungskrieges auf den Schultern der Arbeiter und Bauern lag, verhinderte das Militär eine politische Organisation der Arbeiterklasse in Parteien und Gewerkschaften, um die sich entwickelnde heimische Bourgeoisie zu unterstützen. Im Bündnis mit dieser neuen türkischen Bourgeoisie war das Militär verantwortlich für die Ermordung von 15 politischen Führern der neugegründeten Kommunistischen Partei der Türkei, wurde die Partei verboten, wurden alle Gewerkschaften und demokratischen Organisationen unterdrückt. Den Zielen dieser neuen Bourgeoisie diente auch die Ausbildung einer chauvinistischen Ideologie, in deren Folge das kurdische Volk in der Türkei unter militärische Repression geriet.

Dieser Doppelcharakter der bürgerlichen Fortschrittlichkeit wurde in der gesamten republikanischen Phase der Türkei deutlich. Während einerseits eine antiimperialistische Haltung die staatliche Souveränität sichern sollte, lag es andererseits der Armee stets daran, die heimische Bourgeoisie auf Kosten der arbeitenden Massen zu stärken.

Nach dem Zweiten Weltkrieg fand die mit Unterstützung der Streitkräfte mächtig gewordene türkische Großbourgeoisie einen neuen mächtigen Verbündeten: die USA, die die Türkei und Griechenland in ihr Militärlager einbeziehen wollten. Am 22. Mai 1947 verabschiedeten die USA ein Gesetz "Hilfe für die Türkei und Griechenland" und am 12. Juli 1947 wurde ein weiteres "Hilfspromm für die Türkei" beschlossen. Spätere Militärhilfen machten die türkischen Streitkräfte zu Söldnern der amerikanischen Interessen im Nahen Osten. Der nächste Schritt war die Eingliederung der Türkei in die NATO im Jahre 1952.

Trotz der formalen Abhängigkeit von den USA nahmen einige Teile der türkischen Streitkräfte aus zwei Gründen eine Gegenposition gegen die amerikanische Vorherrschaft und die mit den USA zusammenarbeitenden Regierungen der Bourgeoisie ein: erstens kam nun die große Mehrheit der Offiziere aus ärmeren bäuerlichen Verhältnissen und sie identifizierten sich daher mit der Lage des Volkes. Dies wurde noch durch die Haltung der bürgerlichen Regierung verstärkt, die ihre früheren Verbündeten mehr und mehr fallen ließ und dazu beitrug, daß die Offiziere immer ärmer wurden. Zweitens betrachteten sich fast alle Offiziere als Garantie für nationale Unabhängigkeit; sie waren mit der Zunahme amerikanischen Einflusses auf die türkischen Streitkräfte unzufrieden.

Dies war die Situation als die Streitkräfte durch den Massenwiderstand gegen das autoritäre Regime der mitte-rechten Demokratischen Partei ermutigt am 27. Mai 1960 einen Staatsstreich durchführten und eine neue Verfassung proklamierten, in der Menschenrechte und fundamentale Freiheiten garantiert wurden sowie einige soziale Sicherungen eingeführt wurden.

#### Eine wohlgeplante Falle: OYAK

Obwohl die USA über die Vorbereitungen dieses Staatsstreichs informiert waren, unternahm sie nichts, diesen zu verhindern. Hätten nämlich die Streitkräfte nicht interveniert, so wäre die Unzufriedenheit der Massen möglicherweise in einem echten Volksaufstand aufgebrochen. Unmittelbar nach dem Machtwechsel schlugen die amerikanischen Berater der Militärjunta ein Projekt namens OYAK (d.h. Gegenseitiger Hilfsfond der Streitkräfte) vor, mit dem die Armeeeoffiziere gezähmt werden sollten.

Zunächst sah dieses Projekt sehr harmlos aus und man konnte die damit ausgelegte Falle kaum erkennen. Der Gegenseitige Hilfsfond der Streitkräfte (OYAK) sollte den Offizieren einige soziale Vorteile bringen, wie z.B. billigere Konsumgüter, günstige Kredite und preiswerter Hausbau für die Offiziere, die während der 10-jährigen Herrschaft der Demokratischen Partei materiell schwere Not gelitten hatten.

Das Gesetz über OYAK bestimmte, daß alle Offiziere und Feldwebel dem Fond beitreten und 5% ihrer Einkünfte an ihn abtreten mußten. Auf diese Weise kamen bis zu 20 Millionen Dollar pro Jahr zusammen. Der Fond sollte von einem Vorstand aus Generälen und Offizieren verwaltet werden, der in einer Offiziersversammlung der Streitkräfte gewählt wurde. Jährlich sollte auf einer General-

versammlung Rechenschaft abgelegt werden und die weitere Geschäftspolitik des Fonds beschlossen werden.

Da durch die Zwangsbeiträge der Offiziere ein enormes Kapital angehäuft wurde, beschlossen die Generäle, das Geld profitbringend in Industrie und Handel zu investieren.

Die Offiziere haben sich in uniformierte Kapitalisten verwandelt und so die ökonomische und soziale Kluft zwischen ihnen und der Arbeiterklasse vergrößert. Dieser Gegensatz wurde zuerst im Massenwiderstand der Industriearbeiter deutlich, die 1970 ihre gewerkschaftlichen Rechte verteidigten, später in der repressiven Militärherrschaft 1971 und 1973.

## DER MILITÄRISCH-INDUSTRIELLE KOMPLEX

**OYAK:** Wie im oben stehenden Artikel erläutert hat sich dieser Gegenseitige Hilfsfond der Offiziere in eine riesige Finanz-Holding mit einem gegenwärtigen Guthaben von etwa 35 Millionen Dollar verwandelt. Es hat Beteiligungen an 22 Industrie- und Handelsgesellschaften und ist indirekt an weiteren acht Gesellschaften beteiligt. OYAK arbeitet auf dem Gebiet der Petrochemie, der Lebensmittelkonserven, Reifen- und Autoindustrie zusammen mit ausländischen Konzernen wie International Harvester, Renault und Mobil. OYAK plant die Gründung einer eigenen Bank.

**STIFTUNGEN:** Erwähnenswert ist auch die Gründung verschiedener Stiftungsgesellschaften, die in militärisch-ziviler Zusammenarbeit öffentliche Spenden entgegennehmen, um eine staatliche Rüstungsindustrie aufzubauen bzw. Gelder für Waffenläufe bereitzustellen; dies erfolgte besonders nach der Zypern-Krise.

- o Führend unter den Stiftungen ist die "Stiftung zur Stärkung der Luftwaffe", deren Vermögen bereits 20 Millionen Dollar beträgt. Die Stiftung plant eine Zusammenarbeit mit TUSAS, der Staatlichen Luftfahrtgesellschaft, und will sich auch an der Herstellung von Flugzeugbereifung beteiligen.
- o Die "Stiftung zur Stärkung der Armee" hat bereits 3,5 Millionen Dollar Guthaben. Ihr gehört eine militärische Elektronikgesellschaft, die in Kürze Funkausrüstungen produzieren wird.
- o Obwohl die "Stiftung zur Stärkung der Marine" als erste gegründet wurde, leidet sie darunter, daß die Spenden hauptsächlich an die Luftwaffe gehen. Dennoch produziert diese Stiftung Marineboote für die Flotte.

## MILITÄRISCHE STÄRKE DER TÜRKISCHEN STREITKRÄFTE:

Die Streitkräfte verfügen über 566 000 Mann, davon 271 000 Rekruten.  
Wehrdienst: 20 Monate

ARMEE: 470 000  
(210 000 Rekruten)  
(26 000 auf Zypern)  
(400 000 Reservisten)

LUFTWAFFE: 51 000  
(30 000 Rekruten)

MARINE: 45 000  
(25 000 Reservisten)

MILITÄRPOLIZEI: 75 000  
in drei mobilen Brigaden

## DAS PROGRAMM DES MONOPOLKAPITALS

Das von der Militärjunta unmittelbar nach dem Staatsstreich herausgegebene Kommuniqué wie auch alle folgenden Regierungserklärungen machen deutlich, daß die Junta die wirtschaftlichen Probleme an erster Stelle sieht. Im Gegensatz zu den Staatsstreichen von 1960 und 1971 hat die Militärjunta ihre wirtschaftlichen und sozialen Ziele deutlich formuliert. Diese Klarheit wurde schnell belohnt. Die Junta erhielt sofortige Unterstützung aus NATO-Kreisen, von den USA, Saudi-Arabien, Ägypten und Pakistan. Im Inland wurde die Junta sofort vom Monopolkapital unterstützt, deren Wirtschaftspolitik sie durchzuführen angekündigt hat.

Millionen Menschen in der Türkei suchen nach einem Ausweg aus der wirtschaftlichen, politischen und sozialen Krise, die das Land seit langer Zeit schüttelt und wünschen ein Ende des politischen Terrors.

Aus diesem Grunde kann die Junta auf die Unterstützung breiter Bevölkerungskreise bei der Durch-

setzung bestimmter politischer Ziele hoffen - zumindest zum gegenwärtigen Zeitpunkt. Dies gilt jedoch nicht für ihre wirtschaftlichen Ziele, denn die Generäle vertreten hier hauptsächlich die Interessen der großen ausländischen Konzerne, die in der Türkei investiert haben, und die Interessen einer Handvoll großer Geschäftsfamilien, die die türkische Wirtschaft fest im Griff haben. Die Junta beginnt nun mit der Durchsetzung des wirtschaftlichen Stabilisierungsprogramms der Regierung Demirel, nachdem sie jeden demokratischen parlamentarischen und außerparlamentarischen Widerstand dagegen zuvor ausgeschaltet hat.

AUSZÜGE AUS FRÜHEREN INFO-TÜRK-BULLETINS =====

- DEZEMBER 1976: Mit dem Ziel, einen möglichen Sieg der demokratischen Kräfte bei den bevorstehenden Wahlen zu verhindern, wird die Rechte konsequent ihre Anstrengungen verstärken, durch Provokationen eine Wiedererrichtung der Militärherrschaft herbeizuführen.
- MÄRZ 1977: Ecevit, Vorsitzender der Republikanischen Volkspartei: "Es ist nicht zu leugnen, daß die kleine Nationale Bewegungspartei eine große Rolle bei den politischen Morden spielt."
- MAI 1977: Am 1.Mai starben in Istanbul etwa 40 Menschen. Dieser Vorfall gehört zu einer Serie von Provokationen, mit denen die Bildung einer demokratischen Regierung nach den am 5.Juni abzuhaltenden Wahlen verhindert werden soll.
- JULI 1977: Trotz eines Stimmenanstiegs für die linken Parteien, hat keine Partei eine absolute Mehrheit erzielen können. Folglich muß die Türkei weitere vier Jahre mit Koalitionsregierungen Vorlieb nehmen und ist sie der Gefahr eines Militärputsches ausgesetzt. Gewisse Offiziere hatten bereits unmittelbar vor den Wahlen einen Putsch geplant. Darunter war General Namik Kemal Ersun, der Kommandeur der Landstreitkräfte, dessen faschistische Gesinnung wohlbekannt ist. Er wurde vorzeitig pensioniert.
- SEPTEMBER 1977: Wieder einmal erlebt die Türkei die Repression einer Regierung der "Nationalen Front". Der dritte Partner in der Koalitionsregierung, die Nationale Bewegungspartei, erhielt fünf Sitze im Ministerrat.
- JANUAR 1978: Die Kommunalwahlen vom 11.Dezember brachten einen weiteren Linksrutsch und führten zu einem Regierungswechsel: Ecevit, Vorsitzender der Republikanischen Volkspartei, bildete eine neue Regierung.
- Februar 1978: Das Hauptthema der türkischen Politik ist die Rolle der "Anti-Guerilla-Abteilung" der türkischen Streitkräfte. Republikanische Abgeordnete stellten fest, daß diese auf Anraten des CIA gegründete Einheit die "Grauen Wölfe" mit Waffen beliefert und diese zu Gewalttaten anstiftet.
- MÄRZ 1978: Ecevit hat dem Weltwährungsfond nachgegeben und die türkische Lira drastisch (um 30%) abgewertet. Unmittelbar danach stiegen die Preise um 70%.
- OKTOBER 1978: Sieben Mitglieder der Arbeiterpartei der Türkei wurden von "Grauen Wölfen" ermordet. Ecevit erklärte, daß der politische Terror von "dunklen Kräften" verübt wird, deren Ziel es ist, den Demokratisierungsprozeß zu stoppen.
- NOVEMBER 1978: Nach der Aufhebung des amerikanischen Waffenembargos begann die Regierung Ecevit Gespräche mit den USA und der NATO.
- DEZEMBER 1978: Die Gesamtzahl der Opfer politischer Gewalt während der letzten elf Monate der Regierung Ecevit beträgt 738; in den 32 Monaten der Regierung der "Nationalen Front" betrug sie 446.
- JANUAR 1979: Nach dem Massaker von Kahramanmaraş, in dem wenigstens 107 Menschen starben, rief die Regierung das Militär zur Hilfe und verhängte in 13 Provinzen den Ausnahmezustand. Ecevit erklärte, daß die Türkei bezüglich westlicher Hilfe in eine hoffnungsvolle Phase gekommen sind.
- MAI 1979: Umfangreiche Verhaftungen von Arbeiterführern am 1.Mai.
- JUNI 1979: Die Regierung hat neue wirtschaftliche Sparmaßnahmen beschlossen, die vom Weltwährungsfond zur Auflage gemacht worden waren. Die Löhne sind unter den Stand von 1971 gefallen.
- OKTOBER 1979: Die Senatsteilwahlen brachten den Sozialdemokraten eine Niederlage. Ecevit mußte zurücktreten, Demirel bildete eine neue Rechts-Regierung.
- JANUAR 1980: Das Ultimatum der Generale hat das Ziele, die Türkei den militärischen Plänen der USA zu unterwerfen und die letzten Reste von Demokratie und Freiheit zu unterdrücken.

Die Junta hat bereits erklärt, daß sie das Programm von Anfang bis Ende realisieren will. Der Staatsstreich vom 12. September ist damit sowohl ein Putsch der NATO wie auch einer des nationalen und internationalen Kapitals.

Es war stets ein Ziel der großen Konzerne und Banken, die Gewerkschaftsaktivitäten zu beschneiden und Streiks zu verbieten; diese Forderungen, die von einer Regierung Demirel niemals hätten verwirklicht werden können, wurden nach dem Staatsstreich mit unglaublicher Geschwindigkeit in praktische Politik umgesetzt. Streiks, von denen 60 000 Arbeiter betroffen waren, wurden verboten. 1970 war der Versuch, die demokratischen und fortschrittlichen Gewerkschaftsaktivitäten zu beschneiden, am Widerstand von über 100 000 Industriearbeitern gescheitert. Jetzt ist die Junta mit der gleichen Politik erfolgreicher. Über 2 500 Arbeiterführer befinden sich im Gefängnis. Lohnverhandlungen wurden aufgeschoben; die verfügte Lohnerhöhung liegt bei etwa der Hälfte der Teuerungsrate.  
(weiter S.10)

#### TURKISCHE ARBEITER IM AUSLAND ANTWORTEN GENERAL EVREN =====

Der neue starke Mann der Militärjunta, General Kenan Evren, hielt am 16. September eine Pressekonferenz ab. Dabei entwickelte er ein sehr merkwürdiges Konzept von Demokratie. Er behauptete, daß die Vorgänge in der Türkei kein Staatsstreich gewesen seien, sondern eine Maßnahme, mit der die gefährdete Demokratie gerettet werden sollte. Zahlreiche Zeitungen und bestimmte Interessengruppen in Europa haben diese Information verbreitet und versuchen die gegenwärtige Situation in der Türkei als das kleinere von zwei Übeln, ja sogar als eine positive Entwicklung darzustellen.

Die in den beiden belgischen Gewerkschaften FGTB und CSC organisierten türkischen Arbeiter betonen mit Nachdruck, daß der Führer der Militärjunta die Öffentlichkeit irreführt.

General Evren: "Man kann diese Aktion nicht einen Militärputsch nennen."

Die Arbeiter: "Das Parlament ist aufgelöst, die Verfassung außer Kraft gesetzt. Die politischen Parteien sind verboten, ihre Führer befinden sich in Gefängnissen, wie auch die meisten Geschäftsführer. Gewerkschaftsaktivitäten und fortschrittliche Organisationen sind verboten. Der chilenische General Pinochet hätte nicht anders gehandelt."

Evren: "Das demokratische System, welches wir anstreben, wird eine Intervention dieser Art nicht mehr nötig machen."

Die Arbeiter: "1960 und 1971 hat die Armee bei ihrem Eingreifen die gleichen Argumente gebraucht. Seit über zwei Jahren herrscht in mehr als der Hälfte des Gebiets der Türkei der Ausnahmezustand. Seit 1960 ist jeder Präsident vom Militär abhängig. Hohe Militärs sitzen seit geraumer Zeit im Nationalen Sicherheitsrat und haben auf diese Weise bereits Einfluß auf den Staat gehabt. In einem vom Militär gesetzten Rahmen hat in der Türkei so etwas wie 'Demokratie' bestanden, was jedoch mehr eine Farce als alles andere war. Was nun geschieht, ist die Einrichtung einer neuen Sorte von 'Demokratie'."

Evren: "Die Demokratie ist ein vorzügliches Regierungssystem. Wir versuchen nur, die kranke Demokratie zu heilen."

Die Arbeiter: "Zweifellos ist die Demokratie ein vorzügliches Regierungssystem. Aber wir haben berechtigten Zweifel an der Rechtschaffenheit eines Putschgenerals, der all Macht in seinen Händen hält, wenn er der Welt mit dem Lärm von Panzern und Soldatenstiefeln im Hintergrund eine eingeschränkte Demokratie anpreist."

FGTB/ABVV Komitee der  
türkischen Arbeiter  
23, Rue l'Hôpital  
1000 BRUSSEL  
BELGIEN

CSC/ACV  
Türkische Sektion  
121, Rue de la Loi  
1040 BRUSSEL  
BELGIEN

Obwohl dem ausländischen Kapital große Möglichkeiten eingeräumt wurden (vgl. BULLETIN, Mai 1980), wurde die Türkei von internationalen Gesellschaften seit langer Zeit ein "äußerst riskantes" Investitionsland genannt. Nach einem Bericht von NEWSWEEK ist die Türkei in den Augen der Vorstände internationaler Konzerne das drittunsicherste von 60 Ländern. Die Chefs der großen Konzerne, Banken und Holdings haben mehrfach erklärt, daß das Hauptproblem des Landes in der Wiederherstellung politischer Stabilität liege. Um dies zu erreichen, müßten die in der Verfassung vorgesehenen demokratischen Freiheiten eingeschränkt werden.

Unmittelbar vor dem faschistischen Putsch vertrat der Vorsitzende der Arbeitgebervereinigung Halit Narin die Meinung, daß nur mit der Einrichtung von Staatssicherheitsgerichten die Wirtschaft wieder belebt und die Produktion angekurbelt werden könne. Die Wiedereinrichtung solcher Staatssicherheitsgerichte wurde von demokratischen Kräften (darunter auch die Republikanische Volkspartei) bekämpft, weil sie als faschistische Organe angesehen wurden. Nach letzten Meldungen aus Ankara sollen sie nun wieder eingerichtet werden. Der Putsch vom 12. September konserviert also nicht nur den Status Quo mit einer Reihe repressiver Maßnahmen, sondern er gibt bestimmten gesellschaftlichen Kreisen die Möglichkeit, all ihre Forderungen durchzusetzen. Die Forderungen der Großindustrie finden sich im Wirtschaftsprogramm von Turgut Özal, dem früheren Vorsitzenden der Metallarbeitgebervereinigung und jetzigem stellvertretenden Premierminister.

Wirtschaftlich bedeutet dieser NATO-Staatsstreich eine Unterwerfung unter die Ziele des Weltwährungsfonds und des ausländischen Kapitals. Die Beschränkungen ausländischer Investitionen wurden aufgehoben und die seit jeher nur sehr lockere staatliche Kontrolle unterbleibt zukünftig. Ausländische Währungsreserven werden der Privatindustrie zur Verfügung gestellt, die technologisch vom amerikanischen und westdeutschen Kapitalismus abhängen. In den letzten Jahren ist die Auslastungsrate der türkischen Produktionskapazität auf 55% gesunken und die Produktion von Industriegütern hatte merklich nachgelassen. Die Regierungen haben in dieser Situation versucht, Rohstoffe und Öl einzuführen und Kredite zu erhalten, allerdings zu ungünstigen Bedingungen.

Vor dem Staatsstreich betrug das jährlich Außenhandelsdefizit ungefähr 3 Md. Dollar; hinzu kommen Auslandsschulden von über 20 Md. Dollar.

Trotz zahlreicher Hilfsprogramme konnte die Privatindustrie den Exportanteil nicht vergrößern. Aus diesem Grunde ist es zu optimistisch zu glauben, daß die neuen Hilfsprogramme der Junta einen andern Erfolg haben als den, Kapital in den Händen einiger weniger Finanzgruppen zu akkumulieren.

Die sozialen und wirtschaftlichen Probleme der Türkei werden auch dadurch nicht kleiner, daß 20% des Staatshaushalts militärische Ausgaben darstellen: der unterentwickeltste NATO-Partner wird dazu gezwungen, mit 566 000 Soldaten die zweitgrößte Streitmacht des Bündnisses zu unterhalten. In Anbetracht des jährlichen Defizits und der Tatsache, daß gegenwärtig so gut wie keine öffentlichen Investitionen mehr getätigt werden können, stellen die Militärausgaben eine schwere Bürde auf den Schultern der breiten Masse dar.

Die inflationäre Entwicklung in der kapitalistischen, der hohe Prozentsatz unproduktiver Ausgaben, das Sinken der Investitionen und die mangelhafte Auslastung der Produktionskapazitäten führten zu einer Inlandsinflation von bis zu 140% im letzten Jahr. Dies hat natürlich in kurzer Zeit zu wirtschaftlicher Stagnation geführt. Die negativen Auswirkungen der Inflation bekommen nicht nur die Arbeiterklasse und die arme Bauernschaft zu spüren, sondern auch Kleinproduzenten und mittlere Betriebe, die keine Kredite bekommen können. Besonders nach der Freigabe der Kreditzinssätze stehen viele Mitglieder dieser Schichten vor dem Bankrott. Die Situation der Bauern ist noch schlimmer, denn die Preise für landwirtschaftliche Produkte können mit der enormen Preissteigerung industrieller Produkte nicht mithalten.

Das strategische Ziel des Großkapitals besteht darin, in einem Fünfjahresplan die wirtschaftliche und politische Situation des Landes zu stabilisieren. Nutznießer dieses Stabilisierungsprogramms werden die herrschenden Klassen sein, während die arbeitenden Massen unter den vom Weltwährungsfond vorgesehenen drastischen wirtschaftlichen Maßnahmen zu leiden haben wird.

HINTER DER POLITISCHEN GEWALT STEHT DIE ARMEE !

Im Kommuniqué der Militärjunta wird als offizieller Vorwand für den Staatsstreich vom 12. September die Verhinderung weiterer politischer Gewalt genannt, die seit 1975 5 375 Menschenopfer gekostet hat. Besonders wenn man bedenkt, daß während der 11-monatigen Regierungszeit Demirels monatlich 500 Menschen ein Opfer des Terrors wurden, so muß man diesem Argument der Streitkräfte vollständig zustimmen. Doch hinter der Gewalt stand niemand anders als die Armee selbst.

Seit 1973 waren die dunklen Aktivitäten einer illegalen Gruppe innerhalb der Streitkräfte nicht mehr aus den Schlagzeilen gekommen. Es handelt sich um die "Anti-Guerilla-Abteilung" des Generalstabs der türkischen Streitkräfte. Der ursprüngliche Name dieser Abteilung war "Sonderkriegsabteilung". Die amerikanische Militärhilemission und diese Sonderkriegsabteilung befinden sich im gleichen Gebäude in Ankara. Die Ausbildung der Offiziere der Anti-Guerilla-Abteilung wird vom amerikanischen Geheimdienst vorgenommen. Das Ziel dieser Abteilung ist der Aufbau einer Widerstandstruppe für den Fall eines "Aufstands" oder einer ausländischen Aggression. Aber die Trainingsdirektiven belegen, daß diese Organisation gegen innere soziale Unruhen vorgehen soll. In verschiedenen offiziellen Schriften dieser Organisation wird das Wort "Aufstand" als "politische und soziale Opposition gegen die hergebrachte Ordnung im Land" definiert.

Gemäß dieser Interpretation führte die Anti-Guerilla-Organisation während der militärischen Repression von 1971 bis 1973 Menschenjagden und Folterungen durch und sie beschuldigte jeden, der die bestehende soziale und militärische Ordnung ablehnte.

Die Organisation hat ein Sonderbüro unter dem Namen "Bayraktarlık" (d.h. Fahenträgerschaft) auf Zypern, in dem politische Attentäter der extremen Rechten nach ihren Anschlägen gegen fortschrittliche Personen Unterschlupf finden.

Die Anti-Guerilla-Abteilung arbeitete stets eng mit der neofaschistischen Partei des Ex-Oberst Türkes zusammen und hat sie mit Waffen versorgt. (Vgl.: Massaker in Ankara, warum? Info-Türk Agentur, 1978, Brüssel).

Hier muß auch angemerkt werden, daß die Streitkräfte wegen des Kriegsrechts in 20 Provinzen seit vielen Monaten die am meisten gefährdeten Gebiete der Türkei kontrollieren; der politische Terror hat jedoch dadurch nicht nachgelassen, er nahm vielmehr deutlich zu.

.....  
POLITISCHE MORDE

VOM 16. AUGUST BIS ZUM 11. SEPTEMBER 1980

ISTANBUL	62	AMASYA	3
ADANA	61	ARTVIN	3
ANKARA	59	BALIKESIR	3
ORDU	47	TOKAT	3
ICEL	25	TRABZON	3
BURSA	18	AFYON	2
URFA	17	ANTALYA	2
ESKISEHIR	16	BINGOL	2
IZMIR	15	HAKKARI	2
SIIRT	13	KÜTAHYA	2
GAZIANTEP	12	NIGDE	2
DIYARBAKIR	11	ZONDULDAK	2
MARDIN	11	EDIRNE	1
MALATYA	10	ERZURUM	1
KONYA	8	GIRE SUN	1
KOCAELI	7	KAHRAMANMARAS	1
SAMSUN	7	KARS	1
CORUM	5	MANISA	1
KAYSERI	5	MUGLA	1
AYDIN	4	RIZE	1
DENIZLI	4	USAK	1
ELAZIG	4	AACHEN	1

Gesamt 460  
Opfer in 10 Monaten Reg. Demirel 2 241  
Opfer seit dem Putsch 1975 5 355

Nachdem die Anti-Guerilla-Abteilung und die mit ihr zusammenarbeitenden "Grauen Wölfe" ihr Ziel erreicht haben und das Land in ein faschistisches Regime getrieben haben, haben sie natürlich ihre mörderischen Aktivitäten für eine gewisse Zeit eingestellt. Das ist der Grund, warum in der Türkei in den Tagen nach dem Militärputsch überall Ruhe herrschte. Doch jetzt wird durch die neuen repressiven Maßnahmen der Junta bewaffneter Widerstand bestimmter politischer Gruppen produziert. Diese Widerstandsakte werden von den Sicherheitsorganen zum Vorwand für eine großangelegte Menschenjagd genommen, besonders in Ostanatolien, wo viele Kurden leben. Die Militärtruppen dringen in Häusern und Arbeitsstätten ein und töten jeden, den sie für "gefährlich" halten.

So hat das Militär zum Beispiel allein am 28. September in Aybasti (Ordu) und Denk (Mardin) acht Personen erschossen. Um alle Regimegegner einzuschüchtern, wurde der linke Aktivist Serdar Spyergil an nur einem Verhandlungstag von einem Gericht zum Tode verurteilt. Er war angeklagt, an der Ermordung eines Armeehauptmanns beteiligt gewesen zu sein.

Es wird berichtet, daß seit dem Staatsstreich etwa 30 000 Personen in Militärgewahrsam genommen wurden. Allein in der Provinz Istanbul wurden mehr als 5 000 Gewerkschaftsführer und Arbeitervertreter festgenommen. Sie müssen Einheitskleidung tragen und ihre Haare werden kurzgeschnitten wie bei Kriminellen.

Die fünfköpfige Generalsjunta nahm auch ihre Arbeit als "Parlament" auf und veröffentlichte bereits zahlreiche Dekrete, mit denen demokratische Rechte und Freiheiten eingeschränkt wurden und die Befugnisse der Kriegsrechtskommandos bis zur Willkürherrschaft ausgeweitet wurden. Sie können nun jede beliebige Person ohne Haftbefehl festnehmen und bis zu 30 Tage inhaftiert halten.

Mit dieser Bestimmung ging man als erstes gegen die politischen Führer des Landes vor. Der ehemalige Premierminister Demirel und der Oppositionsführer Ecevit wurden in ein Militärgefängnis bei Izmir gebracht. Der Vorsitzende der islamischen Nationalen Heilspartei Erbakan wurde auf eine Insel im Marmarameer gebracht. Türkes, der Vorsitzende der neofaschistischen Partei, versteckte sich bei der 28. Division in der Nähe von Ankara, weil er einen weiteren Putsch erwartete, der von seinen Freunden in den Streitkräften durchgeführt werden sollte. Als er wenige Tage später sah, daß die Evren-Junta ihre Macht behauptete, stellte er sich den neuen Machthabern.

Auch linke Parlamentarier wurden verhaftet, und die Militärs erklärten, daß sie wegen ihrer politischen Aktivitäten vor Sondergerichte gestellt würden.

Die Vorsitzende der Arbeiterpartei der Türkei (TIP) Behice Boran wurde vom Tag des Staatsstreichs an unter Hausarrest gestellt.

Ein Hauptangriffsziel der Militärs war die Gewerkschaftsbewegung. Die Konföderation Fortschrittlicher Gewerkschaften (DISK) wurde verboten; alle Unterlagen und Konten der Organisation wurden konfisziert.

Um den Eindruck der Unparteilichkeit zu erwecken, hat die Junta auch die Aktivitäten der extrem rechten Gewerkschaft MISK verboten. In Wahrheit besitzt die Gewerkschaft jedoch keinen Rückhalt in der Arbeiterklasse. Andererseits wurde der regierungsfreundliche Gewerkschaftsbund TÜRK-İS nicht behelligt, und sein Generalsekretär wurde sogar zum Sozialminister der Junta-Regierung ernannt. Diese Wahl zeigt deutlich, daß die Junta die fortschrittliche Gewerkschaftsbewegung liquidieren und die regierungsfreundliche TÜRK-İS zum alleinigen Vertreter der Arbeiterinteressen gegenüber den Unternehmern machen will.

Das Vorgehen gegen die fortschrittliche Gewerkschaftsbewegung hat zu einer heftigen Reaktion internationaler Arbeiterorganisationen geführt. Der Generalrat des Weltgewerkschaftsbund hat aufs Schärfste gegen die antidemokratischen Maßnahmen der Junta protestiert. Der Weltgewerkschaftsbund, der Internationale Bund Freier Gewerkschaften und der Europäische Gewerkschaftsbund haben die folgenden Stellungnahmen veröffentlicht:

EUROPÄISCHER GEWERKSCHAFTSBUND (EGB):

Der Generalsekretär des EGB Hinterscheid hat einen Eilbrief an den gegenwärtigen Präsidenten des EG-Ministerrats Thorn und den Generalsekretär des Europarats Karasek geschickt, dem folgende Auszüge entnommen sind:

"Herr Präsident!

Nach der Machtübernahme des Militärs in der Türkei zeigt sich, daß grundlegende Freiheiten und demokratische Rechte dort nicht mehr garantiert sind.

Zum erstenmal in der modernen Geschichte dieses Landes wurden die Gewerkschaften verboten und eine große Zahl von Gewerkschaftern verhaftet. Hinzu kommen weitere Menschenrechtsverletzungen, die beweisen, daß die Situation in der Türkei eine Herausforderung an alle demokratischen Kräfte in Europa ist.

Die Gewerkschaftsbewegung stellt sich eindeutig gegen eine EG-Mitgliedschaft für ein Land, das die oben erwähnten Rechte und Freiheiten nicht respektiert.

Wir haben bereits am 3. Juni einen Brief über diese Probleme an die damalige türkische Regierung geschrieben und bis heute keine Antwort erhalten. Es ist fraglich, ob die EG nunmehr noch zu den Vereinbarungen stehen kann, die sie mit einer demokratisch gewählten Regierung getroffen hat.

Wir waren sehr erstaunt über die Argumente der türkischen Militärs, mit denen sie den Putsch gerechtfertigt haben, da wir wissen, daß die Streitkräfte bereits seit Jahren die Macht besitzen und die zivilen Regierungen mehr oder weniger Marionetten waren

Warum war denn die Armee nicht in der Lage, die Ordnung im Lande wiederherzustellen und rechten wie linken Terror zu bekämpfen, ohne dabei alle demokratischen Spielregeln und Freiheiten zu unterdrücken?

Wir möchten Sie bitten, alle Ihnen zur Verfügung stehenden Mittel einzusetzen, um eine Rückkehr zu Ordnung und Demokratie in der Türkei zu erreichen.

In diesem Zusammenhang möchten wir Ihnen noch einmal unsere grundsätzliche Haltung bezüglich wirtschaftlicher Hilfe von Industriestaaten an ärmere Länder darlegen: Wir unterstützen solche Hilfe unter der Voraussetzung, daß die arbeitenden Menschen in diesen Ländern davon profitieren können. Das scheint jedoch unter autoritären und diktatorischen Regimes unmöglich zu sein.

Aus diesem Grunde wiederholen wir unsere dringende Bitte, sich für eine sofortige Wiederherstellung der grundlegenden Freiheiten, besonders der Gewerkschafts- und Arbeiterrechte, der Freilassung aller politischen und Gewerkschaftsführer einzusetzen."

WELTGEWERKSCHAFTSBUND (WGB):

"Am 12. September 1980 hat das Oberkommando der türkischen Streitkräfte zum drittenmal seit 1960 die Macht an sich gerissen. Nach Angaben des militärischen Oberkommandos zielt diese Aktion auf "eine Bewahrung und Sicherung der Republik".

Der Weltgewerkschaftsbund ist davon überzeugt, daß er hier ein sorgfältig einstudiertes Schauspiel erlebt, in dem auf direktem oder indirektem Wege das Land destabilisiert wird, um auf diese Weise bestimmte soziale und wirtschaftliche Ziele nationaler und internationaler Wirtschaftsinteressen, gleichzeitig aber auch politische und strategische Ziele der Westmächte durchsetzen zu können.

Es ist seltsam genug, daß sich die Militärs einerseits als Retter der Demokratie bezeichnen und andererseits antidemokratische Maßnahmen verfügen: Verbot von Streiks, Verbot gewerkschaftlicher Aktivitäten, Verbot der DISK, Verhaftung und Verhöre von Gewerkschaftsführern der unteren, mittleren und höchsten Ebene, Hausarrest für Politiker und Auflösung des Parlaments.

TURK-IS, ein Gewerkschaftsbund, der stets der gegenwärtigen Regierung nahestand und von den amerikanischen Gewerkschaften beraten wird, darf weiterarbeiten. MISK wurde verboten, aber hierbei handelt es sich eher um eine Zweigstelle der faschistischen Partei, die keinen Einfluß auf und keine Verankerung bei den Arbeitern hat.

Wirklich betroffen ist nur die DISK. Sie hat - auch noch in diesem Jahr - schwer unter dem Terror und der Repression gelitten, wurde seit dem 25. Juli 1980 rechtlich mit Verbot bedroht, weil sie das Streikrecht aktiv verteidigt hat; und nun soll die DISK dafür bestraft werden, daß sie mit Entschlossenheit die demokratischen Rechte der Arbeiter verteidigt hat. Die DISK ist eine mit dem WGB befreundete Organisation, deren Vertreter an vielen unserer Aktivitäten teilnahmen, u.a. an dem Treffen der WGB-Kommission im Februar 1980 in Belgien und an dem Kolloquium über Menschenrechte im März 1980 in Quebec.

Der WGB glaubt, daß Freiheit unteilbar ist und verurteilt die Haltung vieler Politiker des westlichen Blocks. Wer Demokratie und Menschenrechte wirklich ernst nimmt, der sollte in der gegenwärtigen Situation folgende Forderungen unterstützen und durchsetzen:

- die Europäische Gemeinschaft muß ihre Verhandlungen über einen europäisch-türkischen Assoziationsrat einstellen;
- die NATO, in deren Gründungsstatuten die Verteidigung von Freiheit und Demokratie verankert ist, muß jede Zusammenarbeit mit der Türkei einstellen;
- der Weltwährungsfond, die Weltbank und die OECD dürfen keine weiteren Kredite an die Türkei vergeben;
- die westlichen Regierung müssen sämtliche Waffenlieferungen an die Türkei stoppen.

Die Demokratie kann nur durch demokratische Praktiken bewahrt und ausgebaut werden, dazu gehört unabdingbar die Vereinigungsfreiheit. Demokratie bedeutet eine gleiche Verteilung der Reichtümer des Landes sowie auch der wirtschaftlichen und politischen Macht. Ohne diese Grundvoraussetzungen bleiben alle anderen Forderungen Fiktion."

Dieses Memorandum des Weltgewerkschaftsbundes, das hier in Auszügen zitiert wurde, wurde an die EG-Kommission, an alle Europa-Parlamentarier und an die Generalsekretäre der OECD und der NATO geschickt. Der WGB hat am 17. September 1980 auch das Internationale Arbeitsbüro wegen Verletzung der Konventionen 87 und 98 angerufen.

#### INTERNATIONALER BUND FREIER GEWERKSCHAFTEN (IBFG):

Der Generalsekretär des Internationalen Bundes Freier Gewerkschaften Otto Kersten hat folgende Botschaft an General Evren übermitteln lassen:

"Der Internationale Bund Freier Gewerkschaften, in dem 70 Millionen Arbeiter der freien Welt organisiert sind, ist zutiefst über die jüngsten Ereignisse in der Türkei bestürzt und fordert, daß unter allen Umständen das unveräußerliche Recht auf Vereinigungsfreiheit und die in den Konventionen des Internationalen Arbeitsbüros festgelegten Gewerkschaftsrechte respektiert werden.

Der IBFG verurteilt politische Gewalt, aber wir protestieren gegen die Inhaftierung von Gewerkschaftern, weil nur Menschen, denen eine Straftat nachgewiesen wurde, ins Gefängnis gebracht werden dürfen. Die Demokratie kann nur mit demokratischen Mitteln verteidigt werden, und wir fordern eine schnelle Wiederherstellung demokratischer Zustände in der Türkei.

#### REAKTIONEN DES EUROPARATS UND DES EUROPÄISCHEN PARLAMENTS

Nach den heftigen Protesten und Appellen der Gewerkschaftsorganisationen haben die europäischen Institutionen damit begonnen, den Militärputsch in der Türkei zu diskutieren.

Während einer Sitzung des Europaparlaments in Straßburg am 17. September wurde eine von Sozialisten, Christdemokraten und Liberalen eingebrachte Resolution angenommen. In dieser Resolution wird die Wiedereinführung der Freiheiten in der Türkei gefordert und festgestellt, daß eine Fortsetzung der undemokratischen Praktiken die türkischen Hoffnungen auf stärkere Einbeziehung des Landes in die EG zunichte machen werde. Die Mehrheit des Europaparlaments lehnte es jedoch ab, die Junta zu verurteilen.

Kommunistische und andere fortschrittliche Abgeordnete verlangten in einem weitergehenden Antrag eine Verurteilung der Militärjunta und den sofortigen Stopp der Beziehungen zwischen der Türkei und der EG. Doch auch diese Resolution wurde von der Mehrheit abgelehnt.

Auch der Brüsseler EG-Ministerrat diskutierte die Situation in der Türkei. Trotz des Appells demokratischer Organisationen erklärte der Ministerrat, daß er "über die von der Militärjunta gegebenen Garantien erfreut sei" und die Zusammenarbeit zwischen der EG und der Türkei aufrecht erhalten wolle.

Die Beratende Versammlung des Europarats verabschiedete am 1. Oktober eine Resolution, in der die Militärjunta aufgefordert wird, unverzüglich wieder zu demokratischen Zuständen zurückzukehren. In dem Text wird festgestellt, daß ein Antrag auf Ausschluß der Türkei aus dem Europarat gestellt wird, wenn auf die Forderung keine positive Antwort gegeben wird. Während der Debatte hatten die kommunistischen und einige sozialistische Abgeordnete einen sofortigen Ausschluß der Türkei aus dem Europarat gefordert; ihr Vorschlag fand jedoch keine Mehrheit. In der verabschiedeten Resolution werden die Militärs aufgefordert, die Europäische Menschenrechtskonvention zu respektieren, die inhaftierten Politiker freizulassen und politische Parteien und Gewerkschaften wieder zu legalisieren.

Obwohl das türkische Parlament aufgelöst ist und viele Abgeordnete in Haft sind, hat die Militärjunta vier Marionetten-Politiker (Turan Günes, Cevdet Akcali, Metin Toker und Besim Ustünel) in die Beratende Versammlung geschickt, um den falschen Eindruck zu erwecken, als repräsentierten sie immer noch das türkische Parlament. Zur gleichen Zeit befanden sich die Vorsitzenden der politischen Parteien und viele Parlamentsabgeordnete in Militärgefängnissen und die fünf Junta-Generäle fungierten als gesetzgebendes Organ im Gebäude der Nationalversammlung in Ankara. Trotz dieser undemokratischen Zustände erhielten die türkischen Vertreter der Junta Gelegenheit, vor diesem internationalen Forum zu sprechen.

Doch jetzt ist die Zeit gekommen, daß die europäischen Institutionen auf die Stimme der demokratischen Kräfte in der Türkei und Europa hören und nicht den Lügen der Junta eines faschistischen Regimes Glauben schenken.

Hier und heute muß die Militärjunta verurteilt und in der internationalen politischen Arena isoliert werden; sie muß gezwungen werden, so schnell wie möglich zur Demokratie zurückzukehren.

DIE TÜRKEI IN ZAHLEN

FLÄCHE: 779 452 qkm (Anatolien: 755 688 u. Thrakien 23 764)  
 Bebautes Land: 234 780; Wälder: 201 700 qkm

VERWALTUNGSGLIEDERUNG:  
 67 Provinzen, 572 Bezirke, 36 064 Ortschaften

BEVÖLKERUNG:  
 Geschätzt (1980): 45 442 000  
 Stadt: 48,6%  
 Land: 51,4%  
 Dicht: 53 Ew./qkm

ARBEITSKRÄFTE:  
 16-64 Jahre, beide Geschlechter: 16 646 000  
 mit Beschäftigung: 15 006 000  
   in der Landwirtschaft: 9 070 000  
   außerhalb der Landwirtschaft: 5 936 000  
 ohne Beschäftigung: 2 340 000 (14,1%)  
   in der Landwirtschaft: 700 000  
   außerhalb der Landwirtschaft: 1 640 000

Verteilung der arbeitenden Bevölkerung auf Wirtschaftsbranchen:

Landwirtschaft: 60,4%  
 Industrie: 12,8%  
 Bau: 3,8%  
 Handel: 4,5%  
 Transport: 3,4%  
 Dienstleistungen: 15,1%

Art der Beschäftigung:  
 Abhängig beschäftigt: 27,7%  
 Arbeitgeber/Unternehmer: 0,8%  
 Selbständig: 25,6%  
 Mitarbeitendes Familienmitglied: 45,2%  
 Unbekannt: 0,7%

Arbeiter im Ausland: 1 500 000

Etwa 8 000 000 Personen können nur Teilzeitarbeit finden und sind gewöhnlich arbeitslos. Arbeitslosenversicherung gibt es in der Türkei nicht.

EINKOMMEN:

Bruttosozialprodukt 1980: 46 329 500 000 US \$  
 BSP pro Kopf: 1 019 US \$

Verteilung des BSP auf Branchen:  
 Landwirtschaft: 10 039 600 000 US \$  
 Ind.Produktion: 10 952 600 000 US \$  
 Dienstleistungen: 24 642 300 000 US \$

Durchschnittl. Monatslohn: 50 US \$

Einkommensverteilung	% der Bev.	% des Einkommens
Großindustrie	0,5	3,5
Händler	2,3	11,0
Freie Berufe	0,7	3,8
Manager	1,0	2,6
Angestellte	7,7	9,2
Kleine Kaufleute	15,6	14,7
Bauern	49,6	38,8
Arbeiter	22,6	16,4

**ABONNIEREN SIE INFO-TÜRK BULLETIN !**

D-23

INFO-TÜRK ist ein Herausgeber und Vertriebs-Kollektiv Fortschrittlicher Personen in mehreren europäischen Ländern. Seit vier Jahren gibt INFO-TÜRK monatliche Informationsbulletins in fünf Sprachen ( Englisch, französisch, deutsch, flämisch und türkisch ) über Vorgänge in der Türkei sowie andere soziale, politische und wirtschaftliche Fragen heraus.

EIN JAHRESABONNEMENT DER DEUTSCHEN AUSGABE KÖSTET DM. 15,00

Weitere Publikationen in Deutscher Sprache ;

- Massaker In Ankara. WARUM ? - Bericht und Hintergrund
- Eine illustrierte Broschüre über politische Gewalt in der Türkei. 48 Seiten 3,00 DM
- SONDERHEFT 1 ; Institutionalisierung der politischen Herrschaft in der Türkei und die ökonomischen Aufgaben des Staates 10,00 DM
- SONDERHEFT 2 ; RESOLUTION - Beschluß des zweiten Parteitags der ARBEITERPARTEI DER TÜRKEI 5,00 DM

Bitte machen Sie Ihre Bestellung durch Einzahlung des entsprechenden Betrags auf folgendes Konto : 110 / 32 58 bei der Deutsche Bank - Dinslaken ( BLZ. 350 700 30 )